

Michael Krüger-Charlé

Zeitdiagnose Wissensgesellschaft:

Überlegungen zur Rekonstruktion eines öffentlichen Diskurses

1 Einleitung

Kaum ein Terminus hat – vom unbestreitbaren Spitzenreiter „Globalisierung“ abgesehen – eine vergleichbare Karriere hinter sich wie die „Wissensgesellschaft“. Die Rede von dieser Gesellschaft spricht ein Themen- und Problemfeld an, das vielschichtig ist, wissenschaftlich interdisziplinär ausgerichtet und gleichzeitig ein wichtiger Bestandteil politischer Diskurse. Ob nun bildungspolitische, gesundheitspolitische, sozialpolitische oder wirtschaftspolitische Debatten national oder international geführt werden: Der Verweis, dass man in einer Zeit unaufhaltsamen, rasanten Wandels lebe, der von einem Übergang in die „Wissensgesellschaft“ gekennzeichnet sei, kehrt als selbstverständlicher Bestandteil des argumentativen Bezugsrahmens immer wieder.

Bei der „Wissensgesellschaft“ handelt es sich nicht um einen neuen Begriff. Einer breiteren Öffentlichkeit wird er in den 1960er Jahren durch die Arbeiten von Robert E. Lane und Peter Drucker, die den Ausdruck „knowledge society“ kreierten, vorgestellt. In der nach wie vor diskursmächtigen Studie von Daniel Bell „The Coming of the Postindustrial Society“ (1973/1985) verwendet dieser den Begriff der postindustriellen Gesellschaft synonym zu dem der „Wissensgesellschaft“. In dieser Studie gewinnt der Begriff „Wissensgesellschaft“ bis heute wirksame gesellschaftstheoretische Konturen und wird als makrostrukturelles Analyseraster gefasst.

Zu Beginn der 1990er Jahre wird das Konzept unter anderem von Nico Stehr (1994) im gesellschaftstheoretischen und wissenssoziologischen Kontext wieder aufgenommen und weitergeführt. Spätestens seit Ende der 1990er Jahre erfährt der Begriff der „Wissensgesellschaft“ eine erstaunliche Karriere und wird aus dem engen gesellschaftstheoretischen und sozialwissenschaftlichen Bezugsrahmen herausgelöst. Wie kein anderes theoretisches Konzept scheint die „Wissensgesellschaft“ nicht nur einen „archimedischen Punkt der Gegenwartsgesellschaften“ (Bittlingmayer 2005) zu bezeichnen, sondern ist auch in den soziologischen Subdisziplinen anschlussfähig. Seine über den engeren wissenschaftlichen Diskurs hinausreichende Popularität bemisst sich auch daran, dass er seither Verwendung findet in Broschüren der Bundesregierung, in Parteiprogrammen, in Feuilletons und in populärwissenschaftlichen Veröffentlichungen (vgl. beispielsweise Rüttgers 1999 und weitere Nachweise bei Bittlingmayer 2005). So gewinnt der Begriff „Wissensgesellschaft“ eine geradezu zeitdiagnostische Dimension, immer stärker scheint er sich auch zu einer Epochensignatur mit globaler Deutungsrelevanz auszuwachsen.

2 Die Wende zur Subjektivierung des Sozialen

Soziologische Zeitdiagnosen, die mit dem Anspruch auftreten, Gegenwartsgesellschaften auf einen spezifischen Begriff fokussieren zu wollen, haben seit den 1980er Jahren

Konjunktur. Diese Versuche einer „Labelisierung“ der Gesellschaft kann man als Reaktion auf die strukturelle Unübersichtlichkeit differenzierter Gesellschaften zu erklären versuchen und den Verlust einer gehaltvollen normativen Deutungsperspektive beklagen (Bittlingmayer 2001) oder in verschwörungstheoretischer Absicht hinter der Beliebtheit zeitdiagnostischer Begriffs(er)findungen zahlungskräftige Interessen am Werke sehen: Beispielsweise hinter Ulrich Becks „Risikogesellschaft“ die Versicherungswirtschaft, die Freizeitindustrie hinter Gerhard Schulzes „Erlebnisgesellschaft“ und natürlich und vor allen Dingen AOL-Time Warner, Bertelsmann und wie sie alle heißen hinter der „Informationsgesellschaft“ eines Manuel Castells (Krysmanski 2001). Blicke noch die Frage offen, wie es sich mit der „Wissengesellschaft“ verhält.

Im Ernst und jenseits aller Verschwörungstheorien: Die Inflation von begrifflich zuge-spitzten Zeitdiagnosen in den Sozialwissenschaften korrespondiert mit einer Entwicklung im Fach, die mindestens im Ergebnis zu einer Subjektivierung des Sozialen führt. Ohne darauf hier im Einzelnen eingehen zu können: Ulrich Becks Individualisierungsthe- (Beck 1983, 1986), die als zentralen Vergesellschaftungsmodus der von ihm so bezeichneten „individualisierten Risikogesellschaft“ die Freisetzung der sozialen Akteure aus traditionellen Normen-, Wert-, Schicht- und Klassenzusammenhängen identifiziert, trifft auf einen sozialisationstheoretischen Paradigmenwechsel, der mit der struk-turfunktionalistischen, aber auch marxistisch-materialistischen Vorstellung aufräumt, das Subjekt sei bloßes Anhängsel, lediglich „Epiphänomen“ sozialer Strukturen. Neuer epistemologischer Bezugspunkt der Sozialisationsforschung wird der Individuationsaspekt, die Entwicklung einer autonom handlungsfähigen Persönlichkeit unter Ab-sehung nahezu aller strukturellen Integrationserfordernisse (Hurrelmann 1983). Als Konsequenz einer selektiven Theorierezeption und durchaus so nicht von Hurrelmann intendiert (Bauer 2006), führt das zu einer Marginalisierung der Bedeutung ungleicher Lebens- und Sozialisationsbedingungen, die sehr wohl als Determinanten individueller Handlungsoptionen begriffen werden müssen.

Entsprechend der Vorstellung einer entvertikalisierten, in pluralistische Lebensstile zer-faserten Gesellschaftsstruktur (Beck) wird der Strukturwandel industrieller Gesellschaf-ten seit dem zweiten Weltkrieg als ein Prozess der „Entstrukturierung“ interpretiert. Trotz stabiler Muster der Ungleichheitsproduktion und -reproduktion, wie sie von Mi-chael Vester und seiner Forschergruppe in Hannover empirisch nachgewiesen wurden und werden (dazu jüngst mit Bezug zur Wissensgesellschaft Vester 2006), wird die Veränderung der Ungleichheitsverhältnisse vorschnell als ihre Auflösung, die Verschie-bung interner Ungleichheitsrelationen als ihre Nivellierung angenommen. Auf diesem Weg wird der Einzelne, wie Hartmut GRIESE für die Sozialisationsforschung bilanziert, im Trend der allgemeinen Ökonomisierung der Pädagogik zum „Unternehmer der eigen-ten Biographie“ stilisiert und für den emphatisch „als Werk seiner selbst“ gefeierten Jugendlichen gilt: „Du bist selbst daran Schuld, wenn nichts aus Dir wird“ (GRIESE 2000).

Empirische Gegenbefunde, die die Tendenz zur gesellschaftlichen Entstrukturierung nicht stützen konnten, rückten an den Rand fachwissenschaftlicher Diskurse. Die Bil-dungssoziologie in Deutschland ist hierfür ein prägnantes Beispiel. Blieben auch ihre Befunde zur sozialen Ungleichverteilung individueller Bildungschancen durchweg sta-

bil, so ging die übergreifende sozialwissenschaftliche Diskussion darüber souverän hinweg. Hätte sie sie wahrgenommen, wären die Debatten über Individualisierung, gesellschaftliche Pluralisierung und individuelle Optionensteigerung anders verlaufen.

Erst die Ergebnisse der PISA-Studie setzten hier neue Akzente (Deutsches PISA-Konsortium 2001). Mit dem internationalen Vergleich der Bildungssysteme wurde erstmals wieder auch in Deutschland der Blick auf die schulische Reproduktion sozialer Ungleichheit gelenkt. Die öffentliche Reaktion war bemerkenswert. Im nordrhein-westfälischen Landtag sprach Wolfgang Clement vom PISA-Schock, und man darf das durchaus auch auf ihn persönlich beziehen. Denn im Jahr zuvor hatte er noch in einem Papier zur künftigen bildungspolitischen Strategie der SPD seine Partei davon zu überzeugen versucht, die Sicherung von Chancengleichheit in der Bildung durch die Zusage von Chancengerechtigkeit zu ersetzen – angesichts der PISA-Ergebnisse keine besonders überzeugende Begriffswahl mehr.

Was die geradezu schockierte Wahrnehmung der PISA-Ergebnisse betrifft, bleibt nur ein Umstand bemerkenswert: Die Tatsache nämlich, dass die PISA-Befunde nicht in einem einzigen Detail die seit Jahrzehnten vorgetragenen Erkenntnisse innerhalb der deutschen Bildungssoziologie revidieren oder auch nur erweitern konnten (Überblick hierzu bei Rolff 1997; Klemm und Rolff 2002; Vester 2004). Insofern ist der so genannte PISA-Schock auch ein Symbol für eine politische und wissenschaftliche Kultur, in der Analyse und Kritik gesellschaftlicher Ungleichverteilung aus ihrem Wahrnehmungs- und Bezugsrahmen weitgehend verdrängt worden sind.

Nun sollte man allerdings nicht meinen, dass nach PISA – sieht man einmal von Michael Vester und seiner Forschergruppe in Hannover ab – dem Problem sozialer Ungleichverteilung im wissenschaftlichen Diskurs größere Beachtung geschenkt worden wäre. Nach wie vor treten hier die Elemente der Subjektivierung des Sozialen wie die Forderung nach Zunahme der Eigenverantwortung und steigende biographische und Autonomieanforderungen besonders prägnant hervor. Anders und etwas zugespitzter formuliert: Das individualisierungstheoretische und das sozialisationstheoretische Subjektverständnis erweisen sich, wie man rückblickend konstatieren kann, nicht nur als anschlussfähig, sondern in vielem sogar als richtungsweisend für den Diskurs über einen wissenschaftlichen Wandel, der sich in den 1990er Jahre von seinen Gründervätern zu emanzipieren begann.

3 Neuorientierung im wissenschaftlichen Diskurs

Wie bereits gesagt: Die Stränge der Zeitdiagnose Wissensgesellschaft reichen weit zurück – mindestens bis in die 1960er Jahre. Bis heute einflussreich sind die Arbeiten von Daniel Bell und hier insbesondere seine weitgehende Gleichsetzung des postindustriellen Formationswandels mit dem Wandel zu Wissensgesellschaften. Für Bell sind primär technische Veränderungen – der technologische Fortschritt und damit verbunden der Wandel der fordistischen Produktions-, Distributions- und Regulationsweise sowie schließlich die sektorale Verschiebung von Produktions- zu Dienstleistungstätigkeiten – der Motor einer einschneidenden gesellschaftlichen Transformation.

Der bei Bell allenthalben durchscheinende Technikoptimismus nährte die Hoffnung auf Planbarkeit und Gestaltbarkeit gesellschaftlichen Fortschritts. Gleichsam auf der Folie eines noch immer wirkungsmächtigen Keynesianismus projiziert Bell folgerichtig die Steuerung und Kontrolle des gesellschaftlichen Wandels in den Aufgabenbereich der Politik. Der Staat selbst tritt – und vor allem das ist das Signum des frühen Wissensgesellschaftsdiskurses – als gleichsam allmächtiger Akteur auf, die Annahme eines technikinduzierten gesellschaftlichen Fortschritts, ebenso wie die Zunahme staatlicher Steuerungspotenziale werden so zur Grundlage einer postindustriellen Wissensgesellschaft, die in den 1960er und 70er Jahren in Daniel Bell, Peter Drucker und Alain Touraine ihre Hauptvertreter gefunden hat.

Das sollte sich in den 1990er Jahren ändern. Die Zeitdiagnose „Wissensgesellschaft“ durchläuft jetzt insgesamt einen grundlegenden Bedeutungswandel, bei dem sich vor allem die fortschritts- und technikoptimistische Grundhaltung mehr und mehr aufzulösen beginnt. An die Stelle einer Technologie gestützten Planung tritt im aktuellen wissenschaftlichen Diskurs die Vorstellung, dass gerade der wissenschaftliche Wandel jede rationale Planung gesellschaftlicher Entwicklungen aufgrund der damit verbundenen ungeheueren Dynamik unmöglich werden lässt. Von den Fesseln staatlicher Einflussnahme befreit, ist es gerade die Informations- und Kommunikationstechnologie, die zu einer fundamentalen Beschleunigung von Produktionsprozessen beiträgt und aufgrund der ihr innewohnenden Virtualität Raum und Zeit zunehmend an Bedeutung verlieren lässt (Vgl. dazu Lehner 2004a, 2005).

War der Begriff „Wissensgesellschaft“ bis in die 1970er Jahre mit linearem Wohlstandszuwachs, Redistribution und Regulation verknüpft, so ist heute vor dem Hintergrund „virtualisierter Räume“ (Giddens 1996) die „Wissensgesellschaft“ vor allem mit Unüberschaubarkeit und fehlenden Möglichkeiten zur planhaften politischen Steuerung semantisch gekoppelt. Was hier im Hintergrund aufscheint, ist der innerhalb der französischen Sozialphilosophie der 1970er Jahre populär gewordene Antimodernismus (stellvertretend Lyotard 1979), der seine modernisierungskritische Perspektive auf die allgemeine Formel bringt, dass alles komplizierter, kaum aber etwas noch steuerbar sei.

Die „Wissensgesellschaft“ wird heute sowohl in den populärwissenschaftlichen als auch in den zentralen sozialwissenschaftlichen Arbeiten verknüpft mit der empirischen Beobachtung einer Internationalisierung der Güterproduktion, einer Globalisierung der Finanz- und Devisenmärkte sowie einer gesteigerten Konkurrenz der territorial gebundenen Nationalstaaten untereinander (Drucker 1994; Castells 1996). „Wissensgesellschaften“ bezeichnen im aktuellen Diskurs vorrangig Gesellschaftsformationen, die mit einer dematerialisierten Ökonomie, einer weltweiten Vernetzung und Interdependenz der politischen Entscheidungen und sozio-kulturellen Praktiken, kurz: mit einer globalisierten Welt in Beziehung gesetzt werden (vgl. Lehner, Schmidt-Bleek 1999, Stehr 2001a: Kap. IX; Castells 1997, 1998; Bischoff 2001; Deutscher Bundestag 2002: 259 – 308).

In dieser Deutungsperspektive werden „Wissensgesellschaften“ in den gegenwärtigen Studien mit einem deregulierten Wirtschaftssystem und weniger wie in den 1960er und 70er Jahren mit einem staatsinterventionistischen Wirtschaftssystem in Verbindung gebracht. Anders gesagt: Der zunächst im Kontext der Zeitdiagnose „Wissensgesellschaft“

konstatierte Primat der Politik wird unter Bezugnahme auf denselben Begriff ersetzt durch den Primat der Ökonomie (s. dazu im Einzelnen Bittlingmayer 2005, vor allem S. 33-70).

Die Gründe für diesen Paradigmenwechsel mögen vielschichtig sein und hier ist auch nicht der Ort, darauf ausführlich einzugehen. So viel sei aber doch gesagt: Was in den späten 1970er Jahren einsetzte und dann Ende der 1980er Jahre zur vollen Entfaltung kam, ist die Erosion des wohlfahrtsstaatlichen und staatsinterventionistisch ausgerichteten Marktmodells, das nach dem Zweiten Weltkrieg unter dem Druck der Systemkonkurrenz, einer stärker gewordenen Arbeiterbewegung und unter dem Eindruck von Weltwirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit an Wirkungsmacht gewonnen hatte. Mit dem Untergang der staatssozialistischen Systeme in Osteuropa verliert diese historisch einzigartige Reformkonstellation gleichsam jenes regulierende Gegengewicht, das die westlichen Gesellschaften zu distributiven Zugeständnissen veranlasst hat.

Hinzu kamen innergesellschaftliche Reformzwänge. In Großbritannien war es beispielsweise eine im Spannungsverhältnis zwischen Tradition und Moderne festgefahrene Gesellschaft, in der ritualisierte Konflikte jeglichen gesellschaftlichen Wandel zu blockieren drohten. In Deutschland bestand Handlungsbedarf angesichts demographischer Veränderungen, die die Finanzierung der Transfersysteme immer schwieriger gestalteten.

Diese Hinweise sollten ausreichen, um deutlich zu machen, dass es sich bei den hier konstatierten fundamentalen Änderungen im Bezugsrahmen der Zeitdiagnose „Wissensgesellschaft“ nicht um die Enttarnung klassisch-kapitalistischer Ideologien zur Verschleierung bestehender Herrschafts- und Ungleichheitsstrukturen handelt. Ideologiekritik kann hilfreich sein, mitunter ist sie zur Klärung von Positionen notwendig. Das gilt auch für den wissenschaftlichen Diskurs. Denn bemerkenswert bleibt seine Anschlussfähigkeit an die im politischen und wirtschaftlichen Raum vorherrschende Auffassung, der Staat habe sich aus dem „freien Spiel der Marktkräfte“ herauszuhalten.

So vertritt beispielsweise Helmut Willke, einer der einflussreicheren Soziologen im wissenschaftlichen Diskurs, mehrfach die Position, dass mittlerweile jedwede politische Steuerung versagt habe und sich die staatlichen Akteure ausschließlich auf die Setzung von Rahmenbedingungen zurückziehen hätten (Willke 1997; 2001a). Sollte Willke recht haben, dann allerdings wären die von der Politik serienweise herausgegebenen Statements über die fundamentale Bedeutung von Wissen für die Konkurrenz- und Leistungsfähigkeit nationalstaatlicher Ökonomien bloße Rhetorik, in der die Formulierung und Umsetzung volkswirtschaftlicher Perspektiven zur nachhaltigen Förderung von Wissensökonomien ersetzt wird durch die „Verbetriebswirtschaftlichung“ (Negt 2001) auch des politischen Denkhorizontes.

4 Die veränderte Rolle von Individuen in der Wissensgesellschaft

Die vorangegangenen, vor allem auf die Makroebene bezogenen Überlegungen sind ergänzungsbedürftig. Denn „Wissensgesellschaft“ ist ein Begriff, der auf verschiedenen Ebenen erörtert werden kann. Erstens ist damit eine Rationalisierungsweise im Sinne

der Wissensbasierung von Organisationsstrukturen und ihrer Berechen- und Kalkulierbarkeit angesprochen, worauf beispielsweise Max Weber hingewiesen hat (Weber 1920).

Zum Zweiten bezieht sich der Begriff auf die zunehmende Relevanz von Forschungs- und Bildungsaktivitäten als notwendige Voraussetzung gesellschaftlichen Handelns und wirtschaftlicher Konkurrenzfähigkeit. Dafür ist vor allem Daniel Bell als Referenz zu nennen, der die zentrale Stellung wissenschaftlichen Wissens und die Wissenschaftsabhängigkeit postindustrieller Gesellschaften hervorgehoben hat. Dies bezieht sich auf erhöhte Forschungsaktivitäten, auf die deutlich zunehmende wirtschaftliche Bedeutung wissensbasierter Tätigkeiten und auf eine zunehmend professionalisierte Berufsstruktur (Heidenreich 2003).

Und schließlich wird drittens, wie bereits weiter oben mit Bezug auf die „Subjektivierung des Sozialen“ angedeutet, seit den 1990er Jahren „Wissensgesellschaft“ als Selbstorganisationsprozess diskutiert und bezieht sich – neben Organisationsprozessen, Stichwort: „lernende Organisation“ – auf die Selbstbildung des Subjektes (Lehner 2006).

Im Zusammenhang mit der beschriebenen zeitdiagnostischen Umwidmung von Wissensgesellschaften werden auch die Anforderungen an die einzelnen Akteure neu definiert. Der früheren Thematisierung von Wissensgesellschaften lag unter anderem die Vorstellung zugrunde, dass der Staat als kollektiver Akteur aktiver hervortreten, die einzelnen Handelnden dagegen sich immer passiver verhalten würden. Das ändert sich radikal.

Mit der Annahme des sich zurückziehenden Staates korrespondiert die Aufwertung der Handlungsfähigkeit der einzelnen Gesellschaftsmitglieder oder in den Worten von Nico Stehr: „Neue Realitäten erfordern eine neue Sprache. Dies gilt auch für die grundlegende Transformation der wirtschaftlichen Struktur der modernen Gesellschaft. Diese notwendig werdende neue Sprache sollte im Gegensatz zum orthodoxen Image der modernen industriellen Gesellschaft vor allem aber auch die neu gewonnenen Handlungskapazitäten der Akteure, die Flexibilität, Volatilität sozialer Strukturen und die Möglichkeit betonen, dass eine größere Anzahl von Individuen und Gruppen die Fähigkeit haben, diese Strukturen in ihrem Sinn zu beeinflussen und zu reproduzieren“ (Stehr 2001b: 381).

Wenn Wissen Produktivkraft ist, so die dem Diskurs über „Wissensgesellschaften“ seit den 1990er Jahren zugrunde liegende Annahme, dann gilt das nicht nur für die soziale Makroebene, für den allgemeinen gesellschaftlichen Fortschritt, für ökonomische und soziale Veränderungen. Wissen wird vielmehr zur Produktivkraft auch auf der sozialen Mikroebene. Wissen ist die bedeutsamste individuelle Ressource für Erfolg und Versagen des Einzelnen, für sozialen Auf- und Abstieg, wobei die Regie über individuelle Lebensverlaufs- und Mobilitätsmuster in der Hand der handelnden Individuen liegt.

Immer wiederkehrendes Motiv ist dabei die Aufwertung des einzelnen Subjektes: als Aneigner von Wissen und als Wissensverwerter. Inzwischen bilden Konzepte wie „Lebenslanges Lernen“ und „Selbstgesteuertes Lernen“ das zentrale Grundgerüst bei der Thematisierung von „Wissensgesellschaften“. Insofern sind Bildung und Lernen die

beiden Themen, die vielleicht am maßgeblichsten für die Neukonturierung des Verständnisses von „Wissensgesellschaften“ beigetragen haben.

5 Wissen als zentrale Vergesellschaftungsform

Bis zu diesem Punkt konzentriert sich der Gang der Untersuchung auf den Versuch, den zeitdiagnostischen Diskurs „Wissensgesellschaft“ zu rekonstruieren. Im Folgenden soll abschließend der Frage nachgegangen werden, wie sich die für Wissensgesellschaften zentrale Kategorie „Wissen“ fassen lässt.

Wer als Antwort auf diese Frage in der kaum noch überschaubaren Literatur zum Thema „Wissensgesellschaft“ einen ebenso umfassenden wie gleichermaßen analytisch plausiblen Zugang etwa zur „Ökonomie des Wissens“ erwartet, der wird enttäuscht werden – von einer in sich geschlossenen Theorie der Wissensökonomie sollte man besser gar nicht erst ausgehen. Was sich dagegen immer wieder findet, ist der Hinweis auf die häufig zitierte Formel von Francis Bacon, wonach Wissen ein Bestandteil und eine Ermöglichungsstruktur von Macht sei. Daraus werden dann regelmäßig Einsichten abgeleitet wie: Theoretisches und wissenschaftliches Wissen werde immer wichtiger, sei inzwischen sogar zu einem eigenständigen Produktionsfaktor avanciert; Wissen werde immer mehr zur Ware, die gehandelt werden könne; und schließlich nehme die Beschleunigung von Wissen immer mehr zu, seine Halbwertszeit dagegen immer mehr ab.

Vielleicht hat, das sollte man fairer Weise hinzufügen, der hohe Abstraktionsgrad derartiger Thesen auch damit zu tun, dass bei der Untersuchung von Wissensökonomien der Bogen über eine breite Problempalette gespannt ist. Denn Wissensökonomie lässt sich auf so unterschiedliche Gegenstände wie Aktien- und Devisenmärkte (Strulik 2004), die Umstrukturierung von Arbeitsplätzen (Stehr 2001b: Kap. V; Lehner 2005), die zunehmende Bedeutung von Experten (hierzu das sehr lesenswerte Kapitel „Experten, Ratgeber und Berater“ bei Stehr 1994: Kap. 8), die Problematik geistigen Eigentums (Eckl 2004), die technische und technologische Entwicklung (Rammert 1993; Hack und Hack 2005) oder auf den Wandel des Verhältnisses zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Medien (Weingart 2001) beziehen.

Wie dem auch sei, Verwendung, Einsatz und gegebenenfalls auch die Blockade von Wissen sind zu einer häufig und heftig umkämpften Arena geworden, in der sich die unterschiedlichen Interessen durch zahlreiche rechtliche und politische, ökonomische und institutionelle Verfahren und Mechanismen durchzusetzen versuchen. Vor diesem Hintergrund sind die oben angeführten Einsichten weniger eine Klärung als vielmehr der Beginn zahlreicher Fragen und Probleme.

Ist Wissen tatsächlich zu einem weiteren Produktionsfaktor – neben Arbeit, Kapital und Boden – geworden oder sollte man nicht eher der Warnung von Hermann Kocyba folgen, wonach „Wissen“ nur in der konkreten Nutzung, das heißt innerhalb seiner sozialen Inwertsetzung, sinnvoll gefasst werden kann? Denn, so Kocyba, „isoliert betrachtet ist „Wissen“ keineswegs wertschöpfend. „Wissen“, das nicht mit Arbeit und Kapital kombiniert wird, ist kein Wertschöpfungsfaktor.“ (Kocyba 1999: 109)

Verbreitet ist auch die Annahme, „Wissen“ sei das einzige Gut, das sich durch Teilung vermehre (Böhme 1999). Aber „Wissen“ ist gleichzeitig auch etwas, das im Handum-

drehen seinen Wert vollständig verlieren kann – durch neues Wissen oder eben auch dadurch, dass es plötzlich zum Gemeingut wird. Der jeweilige Wert des „Wissens“ wird durch gesellschaftliche Kontexte – Arbeitsmärkte, Organisationszusammenhänge, aber auch durch historisch gewachsene Pfadabhängigkeiten – wie die Menschen in der ehemaligen DDR nach dem Mauerfall erfahren mussten – definiert. Diese Kontexte bestimmen nicht nur, welches Wissen gerade gefragt ist, sondern auch wie es zu funktionieren hat. Gerade hochspezialisiertes Wissen funktioniert in der Regel nur in organisierten Kontexten (s. Willke 1998).

Damit ist die Bedeutung und Wirkungsweise unterschiedlicher Wissensformen angesprochen. Sieht man die verschiedenen Stränge der Literatur zum Thema „Wissensformen“ durch, kann man, so Lothar Hack, den Eindruck gewinnen, dass das „wechselseitige Ignorieren die wichtigste Gemeinsamkeit“ (Hack 2006: 164) darstellt. Zu den wenigen Texten und Autoren, die in nahezu allen hochspezialisierten Thematisierungsversuchen, nicht zuletzt auch in der insgesamt theoriearmen Managementliteratur, genannt werden, gehören die Arbeiten von Michael Polanyi zum „impliziten Wissen“ (Polanyi 1985), die von Nonaka/Takeuchi (1997) für den wissensgesellschaftlichen Diskurs reanimiert wurden. Vor allem beim „impliziten Wissen“ scheinen die Goldadern zu liegen, die es zu finden, zu heben und gewinnbringend zu nutzen gilt.

Als zumeist implizit vorhandenes Wissen gilt das bei der Arbeit erlangte Erfahrungswissen bzw. funktionelle Wissen, dessen Wert in der gegenwärtigen Fachdebatte unablässig zuzunehmen scheint. Offen ist nach wie vor, ob solche Wissensbestände mittel- und längerfristig durch wissenschaftlich gestütztes Wissen ergänzt werden oder ob vielmehr explizites und abstrahiertes Fach- und Spezialwissen im Zuge einer schnelleren Veralterung an Bedeutung verliert. Inzwischen stehen im Mittelpunkt der Diskussion solche Fragen, wie es gelingen kann, implizites in explizites Wissen zu transformieren und welche Bedeutung unterschiedliche Formen des Wissens in verschiedenen Branchen, Beschäftigtengruppen und Arbeitskontexten haben (Böhle 2001).

Als Folge des immer wieder beschworenen engen Zusammenhangs zwischen Technologieentwicklung und Wissen, ist die „Ware Wissen“ auch in den Strudel der Informationsfluten geraten, die durch die neuen IuK-Technologien zwar nicht ausgelöst, aber doch fast nach Belieben ausgeweitet werden können. Technologieentwicklung gilt ja als gleichsam von selbst laufender Motor des wissensgesellschaftlichen Wandels und trotz des Einbruchs der New Economy kann man die Wertschöpfung in den IuK-Technologien gleichsam als Versinnbildlichung einer modernen Wissensökonomie bezeichnen.

Aber gerade im Bereich der Software-Entwicklung gibt es bemerkenswerte Beispiele dafür, dass der volkswirtschaftliche Nutzen einer exklusiven privatwirtschaftlichen Aneignung von High-Tech-Wissensformen zweifelhaft ist. Das nicht kommerzielle und dezentral entwickelte Betriebssystem LINUX, das von Computerexperten unisono als erheblich leistungsstärker eingeschätzt wird als WINDOWS vom Softwaregiganten Microsoft, lässt sich mit dem für Wissensökonomien maßgeblichen privaten Verwertungsinteresse nur schwer in Einklang bringen. Nach Eckl hat Open Source eine Debatte angestoßen, „in der einige der zentralen Grundannahmen über ökonomisches Handeln, menschliche Motivation, Softwareentwicklung und nicht zuletzt über geistiges Eigen-

tum ins Wanken geraten sind.“ (Eckl 2004: 117) In der Tat bringt die Tatsache, dass sich Tausende von Programmierern an Open-Source-Projekten beteiligten, ohne dafür monetäre Entschädigung zu erhalten, Ökonomen in Erklärungsnot.

Das sind nur einige wenige Hinweise und Beispiele, die deutlich machen, dass der wissenschaftliche Wandel in dem für ihn konstitutiven Bereich der Wissensökonomie alles andere als eindeutig und widerspruchsfrei verläuft. Entsprechend zurückhaltend sind die Protagonisten des wissenschaftlichen Wandels bei der Beantwortung der Frage, ob es sich bei dem Begriff „Wissensgesellschaft“ um eine Zeitdiagnose mit Realitätsbezug oder um eine Prognose handelt.

Daniel Bell etwa versteht sein Hauptwerk zunächst als eine „soziale Fiktion“, die sich innerhalb der nächsten 30 bis 50 Jahre durchsetzen werde (Bell 1973/1985:9). Auch Helmut Willke äußert vorsichtig, dass sich wissenschaftliche Strukturen zwar allerorten abzeichneten, ohne dass allerdings die Entwicklung abgeschlossen sei (Willke 1998). Und Nico Stehr sieht nurmehr „Grundlagen der sich am Horizont abzeichnenden Gesellschaft“ (Stehr 2000: 11).

Andererseits wird der Wandel zur Wissensgesellschaft als ungemein rasant, als unumkehrbar und gleichzeitig als Epochenbruch beschrieben: „Wenn nicht alles trügt, ist der Übergang von der Industrie- zur Wissensgesellschaft der dritte gewaltige Paradigmenwechsel in der Geschichte der Menschheit und es fällt schwer, sich einen weiteren von ähnlichen Dimensionen vorzustellen.“ (Miegel 2001: 203)

Aus der historischen Modernisierungsforschung der 1960er und 1970er Jahre wissen wir, dass die Annahme von Epochenbrüchen analytisch nicht wirklich weiterhilft. Vielmehr geht es darum, die eminente Bedeutung der unterschiedlichen Zeitpunkte und Abfolgen von Modernisierungsprozessen im Blick zu behalten, die sich in spezifischen Übergängen von traditionellen zu modernen Strukturen ausdrücken, etwa auch darin, was sich als Gleichzeitigkeit von Ungleichzeitigem fassen lässt. Insofern geht es auch heute darum, idealtypische Abstraktionen und empirische Verallgemeinerungen mit einer Interpretation der spezifischen gesellschaftlichen Situation zu verknüpfen (Flora 1974).

Für den wissenschaftlichen Diskurs hätte das Konsequenzen. Zunächst einmal ginge es darum, sehr genau zu prüfen, auf welchen gesellschaftlichen Ebenen Wissen generiert und mit welchen Erwartungen und Folgen es gesamtgesellschaftlich oder spezifiziert auf den verschiedenen Ebenen in Anwendung gebracht wird.

Als zentrale Merkmale der sich wandelnden gegenwärtigen Strukturen moderner Gesellschaften lassen sich die Internationalisierung der Produktion, die Ausdehnung des Welthandels, die eher dem Muster einer Triadisierung als dem der Globalisierung folgt, und der rasante Bedeutungsanstieg der Finanz-, Kapital- und Devisenmärkte herausstellen. Diese Momente bezeichnen in der Tat einen empirisch evidenten und auf die Ebene gesellschaftlicher Makrostrukturen bezogenen Wandel.

In einem zweiten Schritt müsste die Mesoebene, die Ebene der Organisationen und Institutionen – also etwa konkrete Wirtschaftsbetriebe oder Universitäten mit ihrem spezifischen Organisationsaufbau – in den Blick genommen werden. Diese Ebene ist im Zusammenhang mit wissenschaftlichem Wandel bedeutsam, weil hier einerseits

handlungsmächtige Akteure (z.B. multinationale Konzerne oder besonders renommierte Universitäten) agieren, andererseits, weil sich gerade die Mesoebene als zentraler Operationalisierungsbereich eines Übergangs in die Wissensgesellschaft erweisen dürfte.

In einem dritten Schritt geht es schließlich um die Mikroebene. Sie bezieht sich auf die konkreten, d.h. empirisch fassbaren Subjekte und ihre Handlungen. Dadurch rücken die bereits weiter oben zum Thema „Subjektivierung des Sozialen“ genannten individuellen Konsequenzen, Handlungsoptionen oder Zumutungen in den Mittelpunkt, denen sich der Einzelne in der gesellschaftlichen Entwicklung ausgesetzt sieht.

Diese Ebenenspezifizierung legt es nahe, zumindest beim analytischen Zugriff nicht länger von einem wissenschaftlichen Wandel auszugehen, der sich in allen Strukturen und auf allen Ebenen moderner Gesellschaften gleichermaßen entfaltet. Vielmehr spricht einiges dafür, die Ausdifferenzierung von Wissenssystemen in den Mittelpunkt des Forschungsinteresses an Wissensgesellschaften zu stellen, wohlgerne nicht in systemtheoretischer Absicht, sondern aus forschungspragmatischen Gründen. So ließe sich beispielsweise die Untersuchung von Wissenssystemen rückkoppeln an die genannten Analyseebenen um auf diesem Weg die Phasen wissenschaftlichen Wandels exakter zu bestimmen. Dabei sollte ein akteursbezogener Wissensbegriff zu Grunde gelegt werden, der erklärungsstärker sein dürfte als die Vorstellung einer allgemein gefassten gesellschaftlichen Wissensbasierung. Sie scheint den Blick für die Ursachen und die Reichweite des angenommenen wissenschaftlichen Wandels nicht gerade zu schärfen.

Dabei ist davon auszugehen, dass die hier genannten Analyseebenen bei der argumentativen Zuordnung nicht immer stringent abgrenzbar sind. Insofern ist die hier getroffene Unterscheidung vor allem als ein heuristischer Versuch anzusehen, Breschen in das argumentative Dickicht des Diskurses über Wissensgesellschaften zu schlagen.

Dies sind zugegebenermaßen sehr abstrakte Schlussfolgerungen aus dem Versuch, den Diskurs über die Zeitdiagnose „Wissenschaftsgesellschaft“ zu rekonstruieren. Sie werden sich in der konkreten Arbeit des vor einem Jahr am Institut Arbeit und Technik neu gegründeten Forschungsschwerpunkts WISDOM (Wissen und Kompetenz) zu bewähren haben – vor allem wenn es darum geht, die Einbettung konkreter Wissensformen und Wissensflüsse in das gesellschaftliche Spannungsfeld zwischen sozialer Herrschaft, kultureller Hegemonie, aktueller Milieustruktur und politischer Steuerung nachzuvollziehen. Auf jeden Fall bestätigen diese Schlussfolgerungen die von Emile Durkheim überlieferte Einsicht, „dass wir alle manchmal von einer Wissenschaft träumen, die das, was wirklich ist, vollkommen adäquat ausdrückt. Aber das ist ein Ideal, dem wir uns wohl ohne Unterlass annähern können, das aber für uns unerreichbar ist“ (Durkheim 1980/1914: 372).

Literatur

- Bauer, Ullrich**, 2006: Dominoeffekte sozialwissenschaftlicher Fehldiagnose, in: Uwe Bittlingmayer, Ullrich Bauer (Hrsg.), Die „Wissensgesellschaft“. Mythos, Ideologie oder Realität, S. 223 – 250: Wiesbaden, Verlag für Sozialwissenschaften
- Beck, Ulrich**, 1983: Jenseits von Stand und Klasse? In: Krecksel, Reinhard (Hrsg.), Soziale Ungleichheit, Sonderband 2 der Sozialen Welt, S. 35 – 73: Göttingen, Schwartz
- Beck, Ulrich**: Die Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne: Frankfurt/Main, Suhrkamp
- Bell, Daniel**, 1973: The Coming of Post-Industrial Society: New York, Deutsche Ausgabe 1985: Frankfurt /Main, New York, Campus
- Bischoff, Joachim**, 2001: Mythen der New Economy. Zur politischen Ökonomie der Wissensgesellschaft: Hamburg, VSA
- Bittlingmayer, Uwe H.**, 2001: „Spätkapitalismus“ oder „Wissensgesellschaft“? In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitschrift Das Parlament, B 36, v. 31. August, S. 15 – 23
- Bittlingmayer, Uwe H.**, 2005: „Wissensgesellschaft“ als Wille und Vorstellung: Konstanz, UVK Verlagsgesellschaft
- Böhle, F.**, 2001: Was hat Zugang zu Bildungsprozessen? – Anregungen zu einer kritischen Reflexion der bildungspolitischen Beurteilung menschlicher Fähigkeiten aus der Sicht der Arbeitssoziologie. Entnommen aus: <http://nakif.de/indes.php?main:veroeffentlichungen>
- Böhme, G.**, 1999: Bildung als Widerstand. Ein Versuch über die Zukunft des Wissens, in: die Zeit, Nr. 38 v. 16. Sep.
- Castells, Manuel**, 1996: The Rise of the Network Society. The Information Age: Economic Society and Culture, Bd. 1: Cambridge, Blackwell
- Castells, Manuel**, 1997: The Power of Identity. The Information Age: Economy, Society and Culture, Bd. 2: Cambridge, Blackwell
- Deutscher Bundestag**, 2002: Schlussbericht der Enquete-Kommission Globalisierung der Weltwirtschaft- Herausforderungen und Antworten, Drucksache 14/9200, Berlin
- Deutsches PISA-Konsortium**, 2001: PISA 2000. Basiskompetenzen von Schülerinnen und Schülern im internationalen Vergleich: Opladen
- Drücker, Peter F.**, 1994: The Age of Social Transformation, in: The Atlantic Monthly, Vol. 273, 11 (<http://www.theatlantic.com/election/connection/ecbig/soctrans.com>)
- Durkheim, Emile**, 1980/1984: Der Dualismus der menschlichen Natur und seine sozialen Bedingungen, in: Friedrich Jonas (Hrsg.); Geschichte der Soziologie, Bd. 2, S. 368 – 380: Opladen, Westdeutscher Verlag
- Eckl, J.**, 2000: Die politische Ökonomie der Wissensgesellschaft. Geistige Eigentumsrechte und die Frage des Zugangs zu Ideen: Marburg
- Flora, Peter**, 1974: Modernisierungsforschung. Zur empirischen Analyse der gesellschaftlichen Entwicklung: Opladen
- Giddens, Anthony**, 1996: Die Konsequenzen der Moderne: Frankfurt/Main, Suhrkamp
- Griese, Hartmut**, 2000: Frühjahrstagung des Zentrums für Kindheits- und Jugendforschung 1997, 1998, 1999 in Bielefeld, in: Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und der Sozialisation, 20 Jg., H. 1, S. 101 – 106

- Hack, L. und Hack, I.** 2005: Wissen, Macht und Organisation. Internationalisierung industrieller Forschung und Entwicklung – Ein Fallvergleich: Berlin
- Hack, Lothar** 2006: Wissensformen zum Anfassen und zum Abgreifen, in: Uwe H. Bittlingmayer, Ullrich Bauer (Hrsg.), Die „Wissensgesellschaft“. Mythos, Ideologie und Realität, S. 109 – 172: Wiesbaden, Verlag für Sozialwissenschaften
- Heidenreich, M.**, 2003: Die Debatte um die Wissensgesellschaft, in: Stefan Böschen, Ingo Schulz-Schaeffer (Hrsg.), Wissenschaft in der Wissensgesellschaft, S. 25 – 51: Wiesbaden, Westdeutscher Verlag
- Hurrelmann, K.**, 1983: Das Modell des produktiv realitätsverarbeitenden Subjekts in der Sozialisationsforschung, in: Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie, 3. Jg., H. 3, S. 291 – 310
- Klemm, K. und Rolff, H.-G.**, 2002: Chancengleichheit – eine unabgeholte Forderung zur Schulreform, in: M. Kampshoff, B. Lumer (Hrsg.) Chancengleichheit im Bildungswesen, S. 21 – 33: Opladen
- Kocyba, H.**, 1999: Wissensbasierte Selbststeuerung: Die Wissensgesellschaft als arbeitspolitisches Kontrollszenario, in: W. Konrad, W. Schumm (Hrsg.), Wissen und Arbeit. Neue Konturen der Wissensarbeit, S. 92 – 119: Münster
- Krysmanski, Hans-Jürgen**, 2001: Popular Science. Medien, Wissenschaft und Macht in der Postmoderne: Münster, Waxmann.
- Lehner, Franz**, 1999: Die Wachstumsmaschine. Der ökonomische Charme der Ökologie (mit Friedrich Schmidt-Bleek) : München, Droemer Knauer [1999].
- Lehner, Franz**, 2004: Technik und Arbeit in der wissensbasierten Volkswirtschaft. Eine theoretische Skizze zum Strukturwandel der Wirtschaft, in: M. Rasch u. D. Bleidick (Hrsg.), Technikgeschichte im Ruhrgebiet – Technikgeschichte für das Ruhrgebiet: Essen, Klartext [2004].
- Lehner, Franz**, 2005: Die Zukunft der Arbeit, in: WISO. Wirtschafts- und sozialpolitische Zeitschrift des Instituts für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften 28, H. 3, 2005, S. 17 – 49.
- Lehner, Franz**, 2006: Wissensnetze und Wissensmanagement im Strukturwandel, in: T. Blecker u. H.J. Gmünden, Wertschöpfungsnetzwerke. Festschrift für Bernd Kaluza. Berlin [2006].
- Lyotard, J.-F.**, 1979: La condition postmoderne: Paris. Deutsche Ausgabe: Das postmoderne Wissen: Wien 1986
- Miegel, Meinhard**, 2001: Von der Arbeitskraft zum Wissen. Merkmale einer gesellschaftlichen Revolution, in: Merkus, 55 (3), S. 203 – 210
- Negt, Oskar**, 2001: Arbeit und menschliche Würde: Göttingen
- Nonaka, I., Takeuchi, H.**, 1997: Die Organisation des Wissens: Frankfurt/Main [1995]
- Polanyi, M.**, 1985: Implizites Wissen: Frankfurt/Main [1966]
- Rolff, H.-G.**, 1997: Sozialisation und Auslese durch die Schule, überarbeitete Neuauflage: Weinheim, München
- Rüttgers, Jürgen**, 1999: Zeitwende – Wendezeiten. Das Jahr-2000-Projekt: Die Wissensgesellschaft: Berlin, Siedler
- Steier, Nico**, 1994: Arbeit, Eigentum und Wissen, Zur Theorie von Wissensgesellschaften: Frankfurt/Main, Suhrkamp
- Steier, Nico**, 2000: Die Zerbrechlichkeit moderner Gesellschaften. Die Stagnation der Macht und die Chancen des Individuums: Weilerswist

- Stehr, Nico**, 2001 a: Moderne Wissensgesellschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 36/2001, S. 7 – 14
- Stehr, Nico**, 2001 b: Wissen und Wirtschaften. Die gesellschaftlichen Grundlagen der modernen Ökonomie: Frankfurt/Main, Suhrkamp
- Strulik, T.**, 2004: Nichtwissen und Vertrauen in der Wissensökonomie: Frankfurt/Main, New York
- Vester, Michael**, 2004: Die Illusion der Bildungsexpansion. Bildungsöffnungen und soziale Segregation in der Bundesrepublik Deutschland, in: S. Engler, B. Kraus (Hrsg.), Das kulturelle Kapital und die Macht der Klassenstrukturen. Soziostrukturelle Verschließungen und Wandlungsprozesse des Habitus: Weinheim, München
- Vester, Michael**, 2006: Die gefesselte Wissensgesellschaft, in: Uwe H. Bittlingmayer, Ullrich Bauer (Hrsg.), Die „Wissensgesellschaft“. Mythos, Ideologie oder Realität, S. 223 – 250: Wiesbaden, Verlag für Sozialwissenschaften
- Weber, Max**, 1920: Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie I: Tübingen
- Weingart, P.**, 2001: Die Stunde der Wahrheit. Zum Verhältnis der Wissenschaft zu Politik, Wirtschaft und Medien in der Wissensgesellschaft: Weilerswist
- Willke, Helmut**, 1997: Supervision des Staates: Frankfurt/Main, Suhrkamp
- Willke, Helmut**, 1998: Organisierte Wissensarbeit, in: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 27, H. 3, S. 161 – 177.
- Willke, Helmut**, 2001: Wissensgesellschaft, in: G. Kneer, A. Nassehi, M. Schroer (Hrsg.); Klassische Gesellschaftsbegriffe der Soziologie, S. 379 – 398: München